

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: 1,20 Mk. in Haus halbmöndlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Feiertagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., drittelbreite 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textfeld) 70 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifräßiger Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 133

Freitag, den 10. Juni 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

Die Dzeankflieger wurden am Mittwoch vom Reichspräsidenten und dem Reichsminister empfangen. Am Sonntag früh werden sie nach München und nach Wien fliegen und dann nach Berlin zurückkehren.

Am Mittwoch haben im Auswärtigen Amt die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen über einen Handels- und Niederlassungsvertrag begonnen.

* Zwischen Frankreich und der Sowjetregierung ist ein Schuldenabkommen unterzeichnet worden.

* Aus den amerikanischen Staaten Illinois, Missouri und Arkansas werden neue Flutverheerungen gemeldet. Der Mississippi ist wiederum im Steigen begriffen.

Su den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Der Friede Europas.

Bei der „albanischen Gefahr“, die vor kurzem Europa erzittern ließ, handelte es sich im Grunde um Fragen, die weit über die Grenzen der direkt beteiligten Staaten hinaus von großer Wichtigkeit waren und es noch heute sind. Nicht die angeblichen „Verfehlungen“ des einen oder anderen Teiles, nicht die hundert Kleinigkeiten, die ein Teil dem anderen vorwarfen, waren und sind bis heute für die Gefahr maßgebend — sondern vielmehr die Tatsache, daß ein scheinbar so nebensächlicher Streit überhaupt das gesamteuropäische Interesse ernstlich gefährden konnte.

Ein verwickeltes System von Verträgen und Abmachungen, Versprechungen und Bindungen beherrscht heute Europa; es dürfte keinen Staatsmann geben, der alle diese geschriebenen und gesprochenen Abmachungen gründlich kennt, die heute an die Stelle der alten „balance of power“ getreten sind und die ein einziger kleiner Funke explosionsartig zur Riesengefahr werden lassen kann.

In allen Ecken der alten Welt wird offen oder versteckt erbittert gekämpft; hundert verschiedene Interessen stoßen blutig zusammen; Spanien, England, Frankreich führen seit Jahr und Tag in fernen Regionen blutige Kämpfe; Revolutionen und politische Revolten gehören zum Programm des Tages; Europa kommt nicht zur Ruhe. Und dieser von Gefahren bedrohte Erdteil, der zur Kulturquelle des ganzen Westens wurde, hat an alledem nicht genug, will sich immer neuen Gefahren aussetzen?

Der Friede Europas, gefährdet durch bolschewistische Propaganda und chauvinistischen Ultrationalismus, ist in Gefahr. Schon, daß so viel um Frieden geredet wird, daß Kongresse aller Art sich mit ihm beschäftigen, zeigt, daß er nicht in sich gefestigt ist. Wie Ärzte am Bette eines Schwerkranken stehen Ratgeber aller Art am Krankenlager des europäischen Friedens. Man sollte annehmen, daß wenigstens in der Theorie die Einigkeit Europas anerkannt würde; aber selbst diese Annahme wird Lügen gestraft; denn hinter beständigsten Friedensbeteuerungen stehen neue Rüstungen, steht die Forderung des Einzelstaates nach Nachbarn und Rüstungsberechtigungen. Deutschland hat man zur Abrüstung gezwungen, das kleine Schweden, dessen Einwohnerzahl ständig zurückgeht, will seine Heeresstärke vermindern; alle jene Mächte aber, die den Frieden Europas durch Deutschland bedroht haben, treiben ein Spiel mit politischen Verträgen und Abmachungen, durch das der Friede weit mehr gefährdet wird als je zuvor. Jedermann weiß, daß allen Kongressen, allen Versprechungen, allen Hinweisen zum Trost und Hohn die Rüstungen lieberhaft fortgesetzt werden. Rüstungen gegen wen? Gegen den bolschewistischen Gegner aller Europäer, gegen einen Ueberdrück des mächtig sich stützenden Asien?

Nichts von alledem; sondern ein Rufen des einen gegen den anderen, des einen amerikanischen Schuldners gegen den anderen. Im Grunde ist es doch so weit gekommen, daß Amerika dank seiner Finanzmacht als direkter oder indirekter Gläubiger fast ganz Europas den Europäern jeden Krieg verbieten kann, daß es ohne alle großen Anstrengungen einen Krieg unmöglich machen kann — wenn es nicht noch neue Vorteile wittert.

Das albanische Beispiel zeigt aber noch mehr: Es zeigt, daß das Nationalitätenprinzip durchaus nicht ohne weiteres den „Nationalkrieg“ verhindert. Die verschiedenen Friedensverträge haben zwar das Nationalitätenprinzip sehr einseitig aufgefächert — es genügt, auf Südtirol hinzuweisen — selbst aber, wo es durchgeführt scheint, auf dem Balkan etwa, kann es die gegenseitige Eifersucht nicht eindämmen. Man könnte Bände mit Beweisen füllen; doch dürfte es

ausreichen, auf das ungelöste Problem „Mazedonien-Serbien“ hinzuweisen, auf das „selbständige“ Albanien, auf die im Belgrader Parlament in Form einer Beschwerde vorgebrachte Tatsache, daß kein einziger Kroate als südslawischer Vertreter im Ausland weilt (und kein kroatischer General in der Armee ist), auf die dauernden Reibungen zwischen den einzelnen Balkanstaaten, auf die Zuteilung dalmatinischer Inseln an Italien. Die Friedensverträge haben ferner jenes Netz von Bindungen aller Art bedingt, an dessen Fäden heute das Schicksal Europas hängt.

Das Ausschneiden Deutschlands aus der Reihe der militärischen Großmächte macht sich peinlich bemerkbar: die „balance of power“, fehlt. Und es ist recht bezeichnend, daß italienische Blätter es für richtig halten, darauf hinzuweisen, wie ehrenvoll es für Deutschland sei, daß Italien eine Note an die Großmächte gleichzeitig in Paris, London und Berlin überreicht habe! Und es ist ebenso bezeichnend, daß in der südslawischen Presse Stimmen laut werden, die einen engeren politischen Anschluß an Deutschland fordern. An das ohnmächtige Deutschland? An die Armee von hunderttausend Mann? Doch wohl kaum: die Anwesenheit des

starken Volkes im Zentrum Europas kann, auch ohne ständiges Heer, für manchen Staat im heutigen Europa entscheidend werden; denn jede Spaltung Europas könnte vielleicht auf friedlichem Wege zur Stärkung Deutschlands und damit zur Wiederherstellung der „balance of power“ führen. Es ist beschämend, es auszusprechen: diese kleinen Verbeugungen vor Deutschland und seiner Politik zeigen deutlicher als die schmachvolle Bezeugung deutschen Gebietes, auf wie schwachen Füßen der Friede Europas steht, zeigen, wie notwendig wieder ein europäischer Staat den anderen hat, sich Freunde zu sichern im Kampfe des einen gegen den anderen. Und alles dies trotz Auflösung der „deutschen Gefahr“, trotz Völkerbund und Forderung nach Abrüstung; dies alles keine neun Jahre nach dem letzten großen Blutbad und den angeblichen Friedensabschlüssen. Verstrickt in offene oder versteckte Kolonialkämpfe, abhängig von der Finanzgnade Amerikas, scheint Europa auf den Augenblick zu warten, in dem politische Hitzelköpfe oder blinde Fanatiker es in neue Zerstörungskämpfe stoßen. Denn nicht nur der Friede Europas ist bedroht, sondern Europa selbst als selbständiger Weltteil und Träger menschlicher Kultur.

Die russisch-polnische Spannung.

Die Note, mit der Sowjetrußland sehr schnell auf den Mord seines Gesandten in Warschau antwortete, hat das durch das Warschauer Attentat geschaffene neue Gefährmoment im Osten bedenklich verstärkt. Gewiß hat Tschischerin, der sich in Deutschland befindet, hoffnungslos von einer baldigen Beilegung des Konfliktes, der ja erst im Entstehen begriffen ist, gesprochen. Aber er machte den guten Willen Polens zur selbstverständlichen Voraussetzung. Dieser gute Wille Polens zur Aufhebung einer evtl. bestehenden antirussischen Organisation und zur Bestrafung des Schuldigen scheint aber bereits jetzt stark gelitten zu haben. Und zwar einerseits durch Scharfmacher in Polen selbst, andererseits durch englische Beihilfe. Es kann England gewiß nur angenehm sein, einen Bundesgenossen in seinem Kampf gegen Rußland zu finden. Aber es sollte sich doch an das stolze Wort Chamberlains erinnern, der England für stark genug hielt, auch ohne jeden Bundesgenossen den Kampf gegen Rußland politisch und wirtschaftlich durchzuführen. England läßt mit einer Politik der Aufspaltung Polens eine ungeheure Verantwortung auf sich, eine Verantwortung nicht nur für die Vermittlung der Verhältnisse in Osteuropa, sondern für das Schicksal ganz Europas. Das Reich wird und muß alles tun, um in Moskau sowohl wie in Warschau zu Besonnenheit und Ruhe zu reden. Der Mord von Serajewo und seine Folgen sollte für Polen ein warnendes Beispiel sein.

Moskauer Trauerfeier für Woihow. — Die polnische Antwortnote.

Riga, 8. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, fand heute im Außenkommissariat eine Trauerfeier für den in Warschau ermordeten Gesandten Woihow statt, wobei Witimow und Stomoniatow die Verdienste des Verstorbenen hervorhoben und die Verantwortung für die Mordtat England zuschoben. Moskau hat heute, wie auch die ausländischen Vertretungen, halbmaskiert geflaggt. Witimow erklärte gegenüber dem französischen Geschäftsträger, daß die Sowjetregierung keinerlei aggressive Maßnahmen gegenüber Polen beabsichtige. Die zweite Note der Sowjetregierung wird einstweilen noch nicht abgefaßt werden.

In der polnischen Antwortnote, deren Eintreffen für morgen erwartet wird, wird, wie verlautet, das Bedauern der polnischen Regierung wiederholt und die Versicherung abgegeben werden, daß ein strenges gerichtliches Verfahren gegen die Mörder eingeleitet wird. Die Verantwortung für die Tat lehne die polnische Regierung jedoch ab. Sie solle vielmehr auf den Täter selbst, da es sich um innerrussische Fragen handele. Nach Eintreffen der russischen Note in Warschau trat ein Kabinetsrat unter Borh in Vilnius zusammen. Die Antwort der polnischen Regierung wird erst morgen erfolgen. Auf die Forderung der Sowjetregierung hin, daß ein Rechtsvertreter der Warschauer russischen Gesandtschaft zur Teilnahme an der Untersuchung der Mordtatsache zugelassen werde, hat der polnische Justizminister eine Entscheidung dahin getroffen, daß zwar ein russischer Rechtsvertreter zugelassen werden soll, jedoch nicht als Vertreter der Gesandtschaft, sondern als Vertreter der Witwe des Ermordeten.

Protestkundgebungen in Sowjetrußland.

Moskau, 9. Juni. (Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Ermordung Woihow hat in der Sowjetunion eine allgemeine Erregung hervorgerufen. Aus Charkow, Leningrad, Minsk, Swerdlowsk und Aiew werden zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen gemeldet. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere hunderttausend Personen teil. Besonders groß war die Demonstration vor dem Gebäude des Außenkommissariats, wo Demonstrationen von 2 Uhr nachmittags bis spät abends vorüberzogen. Die Demonstrationen, wo sich die polnische Mission befindet, war durch veränderte Maßnahmen abge-

sperret. Die angenommenen Resolutionen heben hervor, daß die Ermordung Woihow im engen Zusammenhang mit der sowjetischen Politik Englands stehe und weisen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Sie verlangen strenge Bestrafung des Mörders und die Liquidierung der Wehrkräften Organisationen in Polen. Die Mitglieder des diplomatischen Korps besuchten im Laufe des Tages das Außenkommissariat und sprachen ihr Beileid aus. Dem Leiter des Außenkommissariats an der Spitze entgegengegriffen. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, der 3. Jt. auf Urlaub weilt, hat ein Beileidstelegramm geschickt.

Bombenattentat in Leningrad.

Berlin, 9. Juni. (Draht.) Nach einer Morgenblitzmeldung aus Leningrad warfen unbekannte Täter in einem Saal, in dem eine Session des Leningrader Diskussionsklubs der kommunistischen Partei tagte, zwei Bomben. Der Raum wurde verpöbelt, 26 Teilnehmer erlitten schwere Verletzungen. Die Täter sind entkommen.

Anschlag auf einen Beauftragten der G. P. U.

Moskau, 9. Juni. Am Dienstagabend verunglückte zwischen den Stationen Schdanowitsch und Minsk eine Draisine, auf der der stellvertretende Beauftragte der G. P. U. des wehrkräftigen Militärbezirk Opanski einen der Spionageverdächtigen Offizier des polnischen Geheimdienstes namens Jani transportierte. Opanski und der Fahrer der Draisine wurden getötet, zwei Begleiter Opankis schwer verwundet. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden, ob es sich um einen konterrevolutionären Anschlag handelt.

Die französisch-russische Schuldenregelung.

Riga, 8. Juni. Aus Moskau wird bestätigt, daß Botschafter Katowitsch mit der französischen Regierung ein Abkommen über die Schuldenregelung unterzeichnet hat. Das Abkommen, das im Laufe von 62 Jahren Jahreszahlungen von 72 Millionen Goldfrank der russischen Regierung aufzuerlegen, bezieht sich jedoch nicht auf die französischen Privatschulden. Die Zahlungen der Sowjetregierung beginnen am 1. Juli 1927. Es verlautet, daß zum Zustandekommen der Abmachungen das Entgegenkommen der Sowjetregierung in der Frage der Konzeptionsgewährung an französisches Kapital nicht unwesentlich beigetragen hat. Auf dieser Grundlage ist auch das prinzipielle Einverständnis der französischen Regierung zu einer Warenleihe an die Sowjetregierung im Betrage von 350 Millionen Goldfrank so gut wie verjast worden. Die Sowjetregierung beabsichtigt, neue Beschlüsse an französische führende Industriewerte zu erheben, insbesondere an solche der Schwerindustrie. Der französische Botschafter in Moskau, Herette, kehrt Anfang Juli wieder nach Moskau auf seinen Posten zurück.

Der südslawisch-albanische Konflikt.

Belgrad, 8. Juni. Der albanische Gesandte hat Belgrad noch immer nicht verlassen, woraus geschlossen wird, daß die südslawische Regierung Wert darauf legt, daß die durch ihn eingeleiteten Bemühungen um Beilegung des Konfliktes weitergeführt werden. Der Gesandte dürfte jedoch auf die Vorschläge, die er der Regierung in Tirana gemacht hat, noch keine endgültige Antwort erhalten haben. Außenminister Karinkowitsch ist nach dem Sommer des Königs abgereist, um dem König Bericht zu erstatten.